

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Mittwoch (Nachmittag), 11. März 2020 / Mercredi après-midi, 11 mars 2020

Sicherheitsdirektion / Direction de la sécurité

74 2019.RRGR.211 Motion 175-2019 Schneider (Biel/Bienne, SVP)
«Lernen durch Erleben»: Verkehrssinnbildung an den Oberstufen im Kanton Bern

74 2019.RRGR.211 Motion 175-2019 Schneider (Biel/Bienne, UDC)
« Apprendre par l'expérience » : sensibilisation à la circulation proposée au degré secondaire I dans le canton de Berne

Präsident. Wir kommen zum Traktandum 74. Es ist eine Motion von Grossrätin Schneider. Von der Regierung wird Annahme als Postulat empfohlen. Die Motionärin ist mit der Wandlung in ein Postulat einverstanden. Ist das Postulat jetzt so noch umstritten? – Das ist nicht der Fall. *(Es erfolgt ein Zwischenruf, wonach das Postulat bestritten sei. / Exclamation dans la salle, selon laquelle le postulat est contesté.)* Wir haben hier noch keine Taubstummen. Sagen Sie doch einfach: «Ja!», dann weiss ich es. Ich sehe nicht alle. Es ist bestritten, auch als Postulat. Sandra Schneider, Sie haben das Wort.

Sandra Schneider, Biel/Bienne (SVP). Ich bin etwas erstaunt, dass es jetzt doch bestritten ist, auch als Postulat. Aber nichts desto trotz: Ich ergreife jetzt die Möglichkeit, Ihnen kurz den Hintergrund dieses Vorstosses zu erklären. Seit mehreren Jahrzehnten wird im Kanton Solothurn das Projekt «Lernen durch Erleben» durchgeführt. In einem Turnus von drei Jahren wird jede Oberstufenschule einmal besucht, sodass alle Schüler einmal während ihrer Oberstufenzeit die Chance haben, am Projekt «Lernen durch Erleben» teilzunehmen. Die Jugendlichen können dabei hautnah erleben, welche Gefahren der Verkehrsalltag mit sich bringt, und diese können minimiert werden. Die Jugendlichen lernen aber auch den Umgang mit Versicherungen und was ein Versicherungsregress bedeutet. An drei Posten setzen sich die Jugendlichen mit Themen auseinander wie Verkehrssinnbildung und Aggression im Strassenverkehr, Geschwindigkeit und Anhaltstrecke im Strassenverkehr, und der tote Winkel von Personenwagen und Lastwagen aus dem Blickwinkel des Fahrers. Ausserdem kann der Aufprall auf einem Gurtschlitten mit einer Geschwindigkeit von 12 Stundenkilometern auf ein stehendes Hindernis als Passagier live erlebt werden. Mit dem eigenen Fahrzeug können Bremsübungen gemacht werden, sei es ein Velo, ein Mofa oder seien es Inlineskates. Die Demonstration des richtigen Bremsens wird mit dem Roller vorgeführt. Man hat eine Vorführung über sinnvolle Bekleidung, und die Wirksamkeit der Helme runden das Programm ab. Kurzum: Ein sehr gutes Programm. Ich weiss nicht, wie es bei Ihnen ist. Aber ich glaube, nach dem Kindergarten hatte ich nicht mehr gross Verkehrsunterricht, bis ich jetzt mit der Theorieprüfung begann. Von dem her würde ich es sehr begrüssen, wenn die Oberstufe mehr Verkehrssinnbildung erleben würde. Ich begrüsse dahingehend auch die Antwort des Regierungsrates und bin auch einverstanden mit der Wandlung in ein Postulat. Und wenn es erlaubt ist, erläutere ich auch noch kurz die Fraktionsmeinung dazu. Er ist nämlich im Moment nicht da. Auch die SVP-Fraktion unterstützt das Postulat einstimmig. Danke für die Aufmerksamkeit und die Unterstützung.

Präsident. Die Rednerliste ist offen. Als Erstes für die SP-JUSO-PSA ... *(Unruhe / Agitation dans la salle)* Jetzt muss ich zuerst fragen: Gibt es Fraktionssprechende? – Gut, dann gehen wir so vor: Zuerst für die BDP, Beatrice Eichenberger.

Beatrice Eichenberger, Biglen (BDP). Es gibt immer mehr unterschiedliche Fahrzeuge. Das macht die ganze Problematik der Gefahren im Strassenverkehr nicht einfacher. Viele Fähigkeiten, die es zur Unfallverhütung braucht, sind bei den Kindern und Jugendlichen noch in Entwicklung und unterschiedlich ausgeprägt. Gefordert sind wir Erwachsenen, sei es als Eltern, Nachbarn, und natürlich auch als möglichst vorausschauende und rücksichtsvolle Verkehrsteilnehmer. Es gibt heute vielseitige Möglichkeiten, um für Kinder die Sicherheit im Strassenverkehr zu erhöhen. Ich denke da an Reflektoren an Kleidung, Schulsack und Fahrzeugen, Helmtragen beim Velofahren et cetera.

Dann schauen die Kinder auch sehr viel bei uns Erwachsenen ab. Deshalb sollten wir mit gutem Beispiel vorangehen. Wir sind in der Verantwortung, sie altersgerecht auf die Gefahren hinzuweisen, sie dann aber nicht zu überfordern oder zu verängstigen, was, zugegeben, manchmal auch eine Gratwanderung ist. Parallel zu den altersangepassten Möglichkeiten, dass die heranwachsenden Jugendlichen stufenweise immer grössere Fahrzeuge fahren können, gehen denn auch die vorgeschriebenen Prüfungen einher. So absolvieren die Schüler in der 6. Klasse die praktische Veloprüfung unter Aufsicht des Verkehrspolizisten. Ab dem 14. Lebensjahr können sie eine vereinfachte Basistheorie Töffli- oder Traktorfahren machen. Bei den Traktoren braucht es für den Fall, dass sie mit 40er-Traktoren auf der Strasse unterwegs sind, noch praktische Fahrkurse. Ab dem 16. Altersjahr dürfen sie Roller fahren. Dazu müssen sie einen Nothelferkurs, die Basistheorieprüfung und Verkehrskundeunterricht besuchen. Jetzt in der Oberstufe noch weitere Verkehrssinnbildung einzuführen, erachten wir von der BDP-Fraktion in Anbetracht der bestehenden Angebote nicht als nötig. Wir lehnen auch das Postulat einstimmig ab.

Katharina Baumann-Berger, Münsingen (EDU). Um gleich an das Votum der BDP anzuknüpfen: Diese Angebote gibt es, aber sie sind nicht flächendeckend im Einsatz oder genutzt. Viele schreckhafte Momente, teilweise mit schweren Folgen, könnten verhindert werden, wenn das Denken nicht beim einzelnen Verkehrsteilnehmer auf sich selber reduziert bleiben würde, sondern die Konzentration weiter der gesamten Verkehrssituation, in der man sich bewegt, gelten würde. Was Geschwindigkeit, Bremsweg, Masse oder toter Winkel bedeuten, sollte nicht erst in diesem besagten schreckhaften Moment erfahren werden. Die von uns geforderte Erweiterung der Verkehrsschulung durch «Schulung durch Erleben» würde genau diese Erfahrung bieten, und das unfallfrei. Die Mobilität und die Verkehrsdichte nehmen zu, somit auch die Herausforderungen, die sich daraus für jeden Verkehrsteilnehmer ergeben. Wir sind überzeugt, dass der erzielte Nutzen höher zu werten ist als die anfallenden Kosten. Die EDU-Fraktion unterstützt dieses Postulat.

Michael Ritter, Burgdorf (glp). Die grünliberale Fraktion wird diesen Vorstoss unterstützen. Wir empfehlen Ihnen, das auch zu tun. Wir sind schon froh, dass er in ein Postulat gewandelt wurde. Es gibt gewisse Bedenken, die aber vor allem bei der Motionsform vorgeherrscht hätten. Sie gehen ein wenig in die Richtung, dass es eine Tendenz gibt, und das richtet sich nicht speziell an Frau Grossrätin Schneider, alle Alltagssachen, die sehr wichtig sind fürs Alltagsleben, in die Schule hineinzumurksen – entschuldigen Sie den Ausdruck. Das ist der etwas heikle Punkt. Aber das hält uns, wenn man sich die Antwort des Regierungsrates anschaut und wie sehr massvoll das umgesetzt werden soll, nicht davon ab, hier Ja zu stimmen und das auch zu empfehlen. Man könnte vielleicht auch sagen, wenn man ein wenig kritisch ist: Bildungspolitischen Schaden können Sie mit diesem Vorstoss, meiner Meinung nach, nicht anrichten. In diesem Sinne empfehle ich Ihnen, wie ich selbst, Ja zu stimmen. Gewisse Vorbehalte haben Sie gehört. Diese hätten sich mehr auf die Motionsform bezogen.

Präsident. Für die SP-JUSO-PSA, Christian Bachmann.

Christian Bachmann, Nidau (SP). Der Verkehrsunterricht auf der Unterstufe bis Primastufe ist geregelt. Viele hier im Saal haben wahrscheinlich noch die Veloprüfung im Hinterkopf. Diese werden heute auch noch abgehalten. Aber damit hat es sich. Auf der Oberstufe fristet die Verkehrserziehung ein Mauerblümchendasein. Dem will diese Motion entgegentreten. Zwar mit einer homöopathischen Dosis. Mit einer homöopathischen Dosis sollen die Erfahrungen aus Solothurn übernommen werden. Das ist sicher positiv. Das haben Sie in der Vorlage lesen können. Ob und mit welchen Konsequenzen, das müsste abgeklärt werden. Deshalb stimmt die SP-JUSO-PSA-Fraktion diesem Postulat zu. Es gibt auch ein paar, die eine Motion wünschen und dieser zustimmen würden.

Andreas Hegg, Lyss (FDP). Gemäss heutigem System ist ja der erweiterte Verkehrsunterricht für die 7. bis 9. Klassen in der Verantwortung der Gemeinden. Wir sind überzeugt, dass der Kanton bereits heute einen qualitativ guten Unterricht leistet, um die Klassen und Schülerinnen und Schüler auf die Gefahren im Verkehr hinzuweisen. Dem Kanton fehlen aber die weiteren nötigen Ressourcen, um den Anliegen dieser Motion gerecht zu werden. Aber der Regierungsrat erachtet das Anliegen, den Verkehrsunterricht auszubauen, grundsätzlich als prüfenswert und beantragt deshalb, dass wir es als Postulat annehmen können. Wir von der FDP unterstützen dieses Postulat einstimmig.

Präsident. Als Einzelsprecherin, Grossrätin Sarah Gabi Schönenberger.

Sarah Gabi Schönenberger, Schwarzenburg (SP). Ich habe, liebe Anwesende, vorhin kurz abgeklärt, ob man den Vorstoss gegen oben und gegen unten bestreiten kann, und man kann es eben in beide Richtungen. Ich bestreite es, weil ich ihn eben gegen oben bestreite möchte. Ich möchte nämlich eine Motion. Vom Rest des Rates war es eigentlich gar nicht bestritten. Aber wir haben jetzt gemerkt, dass es dann plötzlich doch anders aussieht. Die BDP bestreitet jetzt ja neuerdings auch das Postulat. Wie auch immer. Man lernt immer hinzu, auch nach sechseinhalb Jahren im Grossen Rat.

Weshalb bestreite ich das und bin nicht einverstanden, dass dieses Anliegen nur in Form eines Postulats überwiesen wird? – Das erkläre ich gerne kurz. Blicken wir doch kurz zurück. Die, welche schon länger hier im Rat sind, werden sich sicher erinnern. Es ist erfreulich, dass dem Regierungsrat die Verkehrssicherheit und der Schutz der Kinder und Jugendlichen ein Anliegen ist und er den Ausbau des Verkehrsunterrichts gerne prüfen möchte. Noch erfreulicher wäre aber eben gewesen, wenn der Regierungsrat gewillt gewesen wäre, dieses Anliegen hier als Motion anzunehmen. Vor allem wäre es, neben Artikel 9 Absatz 1 Litera f des Polizeigesetzes (PolG), mit dem übrigens jetzt wortwörtlich mein Motionstext (M 334-2013) im PolGz drin ist, sinnvoller gewesen, wenn der Regierungsrat diese Gelegenheit eben schon im Rahmen der Revision des Polizeigesetzes gepackt hätte – die hätte er damals gehabt – und den Verkehrsunterricht auf Sekundarstufe I bereits damals aufgenommen hätte, so wie es der Vorstoss der SP-JUSO-PSA-Fraktion 2014 gefordert hat. Dies vor allem, wenn man sieht, dass der Regierungsrat auch noch auf die Motion Wüthrich, Siegenthaler (M 138-2016) verweist, bei der es um den Personalbestand bei der Kantonspolizei (Kapo) geht. Genau das war ja der Knackpunkt – die personellen Ressourcen, die gefehlt haben. Das wird so oder so überprüft. Der Vorstoss konnte damals überwiesen werden.

Genau in diesem Zusammenhang kann man jetzt dort eben Anpassungen vornehmen und mit diesem Vorstoss wirklich etwas machen, das Hand und Fuss hat, und nicht einfach ein Postulat. Wie Sie sehen: Mein Postulat wurde damals überwiesen, geschehen ist aber nichts. Und so geht es eben ab und zu mit Vorstössen hier im Rat, wie wir alle wissen. Wenn, wenn, wenn, wenn. Die Ausgangslage ist jetzt so: Der Vorstoss ist hier traktandiert. Es sind ein paar Jahre vergangen, inklusive Wechsel bei der Direktion. Deshalb wäre es jetzt wichtig, dass man es eben in der verbindlicheren Form überweisen kann, wenn man es überweisen will. Denn die Verkehrserziehung ist wichtig, und sie hört nicht einfach nach der 6. Klasse auf. Es ist wichtig, dass man dort nicht abbricht. Weshalb? – Die Exposition im Strassenverkehr steigt im Jugendalter, und die Mobilitätsformen nehmen alle zu, wie Sie wissen. Die Unfallstatistik spricht auch klar für diese Art von Prävention. Sie wissen: Das mit den Gemeinden ist ein Problem. Denn so entstehen Chancenungleichheiten, weil nicht alle Gemeinden dasselbe Budget haben, nicht alle Gemeinden gleich entscheiden und die Verkehrserziehung auf Stufe Sek I eben nicht überall gewährleistet und sichergestellt werden kann. Deshalb ist es wichtig ... *(Der Präsident bittet die Rednerin, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'oratrice de conclure.)* Ja, ich komme zum Schluss, Moment. Die Verkehrssicherheit der Jugendlichen sollte uns nicht egal sein. Deshalb lege ich Ihnen ans Herz, diesen Vorstoss unbedingt in Motionsform zu überweisen. Wenn Sie in ein Postulat wandeln, dann bitte mit dem Hinweis an den Regierungsrat, diesmal das Postulat ... *(Der Präsident schaltet das Mikrofon aus. / Le président coupe le micro.)*

Präsident. Die Option Motion steht gar nicht mehr zur Verfügung, weil die Motionärin bereits gewandelt hat. Wünscht Regierungsrat Müller das Wort? – *(Regierungsrat Müller bejaht. / M. le conseiller d'Etat Müller répond par l'affirmative.)* – Selbstverständlich. Sie haben das Wort.

Philippe Müller, Sicherheitsdirektor. Selbstverständlich ist es nicht. Ich habe nicht zu allem gesprochen, aber hierzu sage ich gerne etwas. Die Prävention ist wichtig, Herr Grossratspräsident, werte Grossrätinnen und Grossräte, gerade, wenn es um den Verkehr geht. Kinder und Jugendliche müssen lernen, wie man sich im Verkehr verhält. Aktuell findet der Verkehrsunterricht im Kanton Bern ab Stufe Kindergarten bis zum Ende der Primarschule einheitlich statt. Hier ist ein gutes und einheitliches Präventionsangebot vorhanden. Der weiterreichende Verkehrsunterricht für die Oberstufe liegt unter anderem in der Verantwortung der Gemeinden. Die Gemeinden können hier Leistungen bei der Kantonspolizei einkaufen, was teilweise auch schon gemacht wird. Der Regierungsrat erachtet das Anliegen, den Verkehrsunterricht auszubauen, als prüfenswert, und ich kann Frau Grossrätin Sarah Gabi Schönenberger beruhigen oder ihr versichern, dass es auch so gemeint ist.

Es soll geprüft werden, in welchem Rahmen Verkehrsunterricht für die Oberstufenklassen im Kanton Bern möglich und sinnvoll ist. Aus diesem Grund beantragt auch der Regierungsrat die Annahme dieses Postulats.

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung. Dieser Vorstoss wurde in ein Postulat gewandelt. Wer dieses Postulat annehmen will, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.RRGR.211; als Postulat)

Vote (2019.RRGR.211 ; sous forme de postulat)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 123

Nein / Non 11

Enthalten / Abstentions 2

Präsident. Sie haben dieses Postulat angenommen, mit 123 Ja- gegen 11 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.